



Appell an

Johannes Volkmann (MdB) und

alle Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses sowie des Ausschusses für
Entwicklung und Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag

Göttingen, 11.09.2025

Die Lage der Drusen und anderer Minderheiten in Syrien erfordert sofortiges Handeln

Sehr geehrter Herr Volkmann,

noch einmal herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, eine Delegation von Angehörigen der drusischen Gemeinschaft im Bundestag zu empfangen.

Angesichts der andauernden Angriffe des neuen islamistischen Regimes in Syrien auf die drusische Bevölkerung in der südsyrischen Provinz al-Suwaida sowie Aufrufen radikalislamistischer Gruppen zum Boykott der Drusen in Syrien appelliert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) eindringlich an Sie und alle Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses sowie des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag, sich für ein Ende der humanitären Blockade von al-Suwaida einzusetzen. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Zufahrtsstraßen aus Damaskus und anderen Regionen Syriens ins Drusengebiet im Süden des Landes für die Lieferung von Lebensmitteln, Trinkwasser, Medikamenten und Treibstoff geöffnet und geschützt werden.

Es muss sichergestellt werden, dass die hunderttausenden Drusen im Süden Syriens die gleichen Verkehrswege wie der Rest der Bevölkerung nutzen können und sich frei im Land bewegen können. Drusische Händler, Studierende und andere Reisende müssen auf den Zufahrtsstraßen nach al-

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN

Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17
BIC: NOLADE21GOE

Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister
des Amtsgerichts Göttingen
Vereinsregister Nr. 1804



Suwaida sicher vor Überfällen, Entführungen und Ermordung sein. Ohne sichere Zufahrtsstraßen und Grenzübergänge droht hunderttausenden Menschen der Hungertod.

Das islamistische Regime in Damaskus, das von Deutschland, anderen EU-Ländern und den USA als Regierung anerkannt wurde, ist nicht bereit oder nicht fähig, einen freien und sicheren Zugang zum Drusengebiet herzustellen. Darum muss sich die deutsche Bundesregierung dafür einsetzen, dass ein humanitärer Grenzübergang nach Jordanien eingerichtet wird. Die GfbV hat bereits am 9. Juli 2025 in einem Schreiben an die deutsche Regierung appelliert, bei der Eröffnung eines solchen Grenzübergangs zu helfen.

Wenn die Regierung in Jordanien und das Regime in Damaskus die Eröffnung eines solchen humanitären Grenzübergangs ablehnen sollten, muss sich Deutschland dafür einsetzen, dass eine Luftbrücke zwischen Israel und der Drusenprovinz eingerichtet wird. Im Drusengebiet gibt es mehrere zivile Flugplätze und ehemalige Militärflughäfen, wie beispielsweise in al-Thaala, Khalkhala oder al-Kafir, die für humanitäre Hilfslieferungen genutzt werden können.

Deutschland muss sich außerdem dafür einsetzen, dass das islamistische Regime jegliche anderen gewaltsamen Handlungen, wie sie in den letzten Tagen gegen Drusen begangen wurden, unterlässt. Der Einsatz von Panzern, Artillerie, Raketenwerfer und Drohnen gegen die eigene Bevölkerung – insbesondere gegen ethnische und religiöse Minderheiten – muss gestoppt werden. Alle Konflikte zwischen der islamistischen Regierung und Teilen der Bevölkerung, wie den Drusen, Kurden, Aramäern/Assyrern, Christen, Alawiten, Yeziden und Ismaeliten, können und müssen ausschließlich friedlich durch Verhandlungen gelöst werden.

Es muss schnellstmöglich eine neue, legitime Übergangsregierung mit Beteiligung der Drusen, Kurden, Alawiten und anderer Minderheiten gebildet werden. Nur eine solche Regierung kann die Einheit des Landes auf den Prinzipien des Föderalismus und der Selbstverwaltung der Provinzen wiederherstellen.

Nach den genozidalen Angriffen auf die Alawiten im Westen und die Drusen im Süden Syriens haben die Minderheiten im Land jegliches Vertrauen in das Regime verloren. Es besteht aus radikalen Islamisten, die noch vor einem Jahr zu Recht als Terroristen verfolgt wurden. Die Regierungen in Deutschland, der EU und der NATO haben dazu beigetragen, dass diese kriminellen Banden in

Damaskus die Macht übernehmen konnten. Durch Ihre diplomatische Anerkennung geben Sie diesen Banden freie Hand, ihre eigene Bevölkerung zu massakrieren. Aufgrund der diplomatischen Anerkennung tragen Deutschland, die EU und die NATO eine besondere Verantwortung, die Minderheiten in Syrien vor den Angriffen des islamistischen Regimes zu schützen. Jegliche Zusammenarbeit mit dem Regime und Zugeständnisse an Damaskus müssen davon abhängig gemacht werden, dass die Rechte aller Volksgruppen in Syrien garantiert und alle Angriffe auf Minderheiten eingestellt werden.

Sie und alle Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses sowie des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag sind zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet.

Bitte überlassen Sie die Drusen, andere Minderheiten und die Demokratiebewegung in Syrien nicht ihrem Schicksal! Wenn Sie nicht handeln, wird das Regime die Drusen unterwerfen, aushungern, dezimieren und in die Flucht treiben. Koordinierte Angriffe auf andere Minderheiten und sunnitisch-arabische Demokraten werden folgen. Bitte helfen Sie, diese Kaskade der ethnischen Säuberung zu stoppen. Bitte helfen Sie den Menschen in Syrien, die ein islamistisches Regime ablehnen und eine Demokratie fordern.

Ich bedanke mich im Voraus für Ihre Anstrengungen in dieser Sache. Bitte halten Sie mich darüber auf dem Laufenden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kamal Sido,
Referent für ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten

Fon +49 (0) 551 49906-18, Handy: 0173 67 33 980
K.Sido@gfbv.de